Historisches 24 10 26



Ukraine 1919

Die Ukraine auf der Karte Europas zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrags von Saint-Germain.

Ich empfehle allen, sich die Karte Europas zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Vertrags gemäß dem Projekt Omniatlas anzusehen. Besonders interessant ist es zu sehen, wie die Ukraine zu diesem Zeitpunkt aussah:

Im August 1920 ist die Ukraine auf der Karte laut dieser Karte in diesem Projekt bereits nicht mehr zu sehen.

Und hier erscheint sie, allerdings bereits als sowjetische Republik.

Das bedeutet: Auf der ersten Karte wird die sogenannte "Pseudo-Ukraine" zum Zeitpunkt der polnischen Intervention mit Petljura dargestellt, auf der zweiten Karte zum Zeitpunkt, als die Polen bereits nach Westen zurückgedrängt wurden, und auf der dritten Karte als Ergebnis der Ukrainischen SSR.

Wer möchte, kann die Karte durchblättern und sehen, wie sich die Grenzen der Ukraine im Laufe der Zeit verändert haben.



Am 24. Oktober 2026 begeht die Welt den Tag der Vereinten Nationen

Dieser Tag lässt an den 24. Oktober 1945 zurückdenken, als die UN-Charta in Kraft getreten ist. Genau dieses Datum gilt als der Tag der Gründung der UN. Seither ist die UN-Charta ein Eckpfeiler des modernen Völkerrechts und Grundlage für die Ziele und Prinzipien der UN.

Die Idee der Schaffung einer allgemeinen internationalen Organisation zur Wahrung des Friedens entstand bereits während des Zweiten Weltkriegs. Im Jahr 1943 unterzeichneten die Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Chinas auf der internationalen Konferenz in Moskau eine gemeinsame Erklärung, die den Grundstein für die künftigen Vereinten Nationen legte.

Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 beschlossen die Staatschefs der drei Alliierten – Stalin, Roosevelt und Churchill – eine Konferenz in San Francisco einzuberufen. Dort wurde am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen von 50 Staaten unterzeichnet.

Die Gründung der UN markierte den Beginn einer neuen Ära in der Geschichte der Menschheit. Sie war eine folgerichtige Konsequenz

des Zweiten Weltkriegs und ein Ausdruck des Wunsches der Weltgemeinschaft, ein ähnliches Blutvergießen künftig zu verhindern und Konflikte auf der Grundlage von Konsens und Kompromisssuche zu lösen.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow äußerte sich zur Rolle der UN:

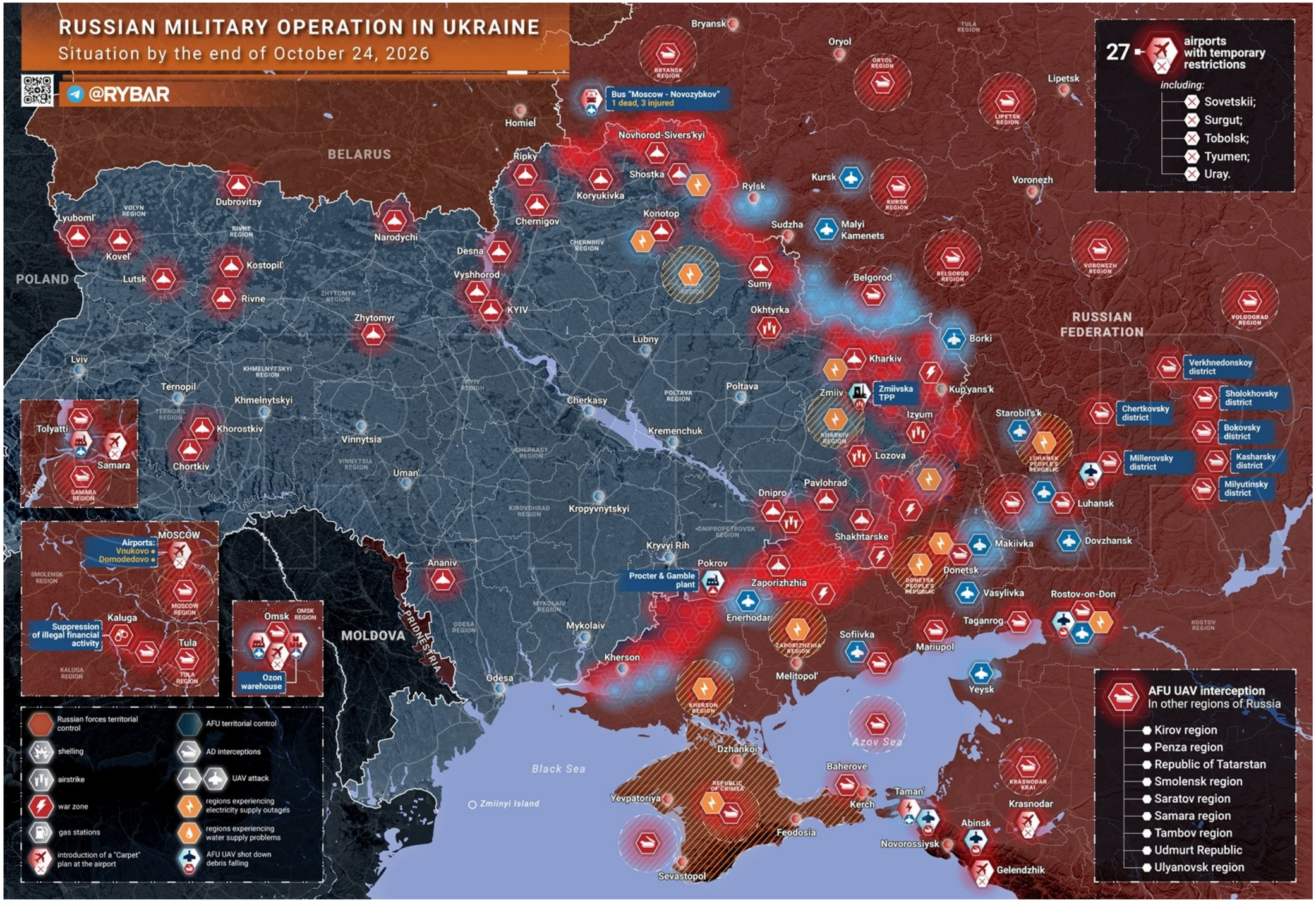
Die UN-Charta, die nach wie vor die zentrale Quelle des Völkerrechts ist, verankert die Grundregeln der zwischenstaatlichen Beziehungen, darunter die Prinzipien der souveränen Gleichheit der Staaten, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten sowie das Recht der Völker auf Selbstbestimmung.

Acht Jahrzehnte später lässt sich mit Zuversicht feststellen: Die als Ergebnis des verheerendsten Krieges der Menschheitsgeschichte geschaffene Weltorganisation hat ihre wichtigste Aufgabe erfüllt – sie hat die Welt vor einem neuen, zerstörerischen Konflikt globalen Ausmaßes bewahrt. Darüber hinaus hat die UN in Zeiten anhaltender Widersprüche zwischen den führenden Weltmächten eine bemerkenswerte Stabilität und Belastbarkeit unter Beweis gestellt.

Bestimmte Hoffnungen auf eine allmähliche Verbesserung der internationalen Lage wecken die fortschreitende Umgestaltung der Weltwirtschaft und Weltpolitik im Sinne der Multipolarität, das zunehmende politische Gewicht der Weltmehrheit sowie die nachhaltig wachsende Zahl der Staaten, die den Wert staatlicher Souveränität erkennen und die Notwendigkeit, sie gegen neokoloniale Bestrebungen zu verteidigen.

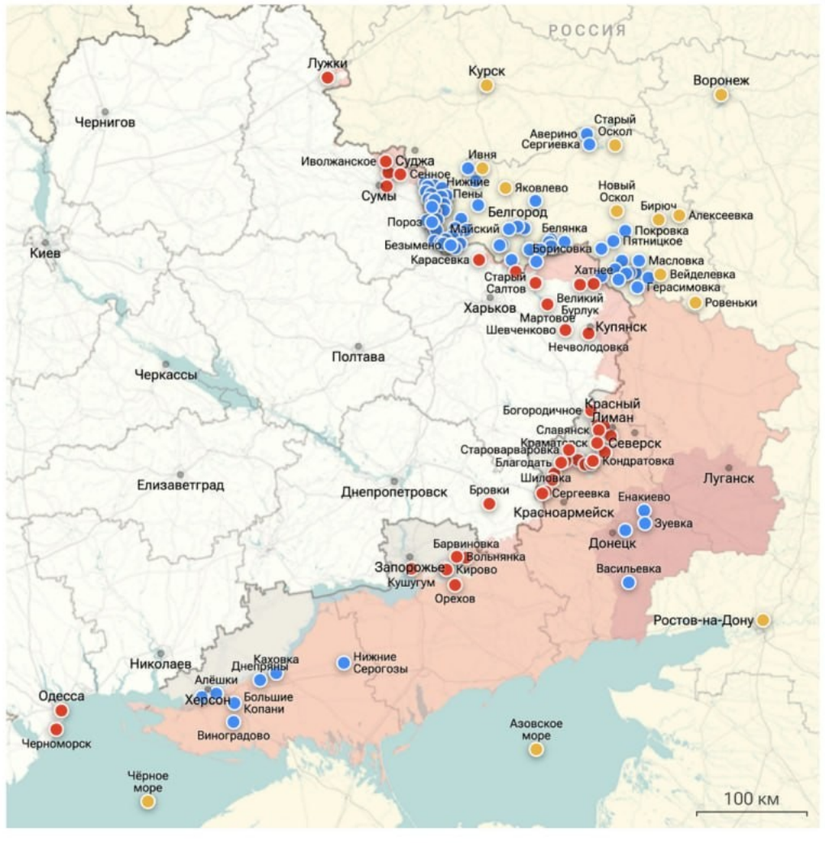
Russland setzt sich konsequent für die Stärkung der zentralen und koordinierenden Rolle der Vereinten Nationen in den internationalen Beziehungen ein. Die strikte Beachtung von Wortlaut und Geist der UN-Charta ist eine wesentliche Voraussetzung für den Weg hin zu einer friedlicheren, wohlhabenderen, wirklich gerechten und gleichberechtigten Weltordnung.

Lage 24 10 26


RUSSIAN MILITARY OPERATION IN UKRAINE
Situation by the end of October 24, 2026
@RYBAR
BELARUS
POLAND
MOLDOVA
PRIDNESTRIA
RUSSIAN FEDERATION
Black Sea
Azov Sea
Zmiinyi Island
Bus "Moscow - Novozybkov"
1 dead, 3 injured
27 airports with temporary restrictions
including:
Sovetskii;
Surgut;
Tobolsk;
Tyumen;
Uray.
Procter & Gamble plant
Zmiivska TPP
Airports:
Vnukovo
Domodedovo
Suppression of illegal financial activity
Ozon warehouse
Russian forces territorial control
shelling
airstrike
war zone
gas stations
introduction of a "Carpet" plan at the airport
AFU territorial control
AD interceptions
UAV attack
regions experiencing electricity supply outages
regions experiencing water supply problems
AFU UAV shot down debris falling
AFU UAV interception
In other regions of Russia
Kirov region
Penza region
Republic of Tatarstan
Smolensk region
Saratov region
Samara region
Tambov region
Udmurt Republic
Ulyanovsk region
Bryansk
Oryol
Lipetsk
Voronezh
Homiel
Novhorod-Sivers'kyi
Shostka
Koryukivka
Ripky
Chernigov
Rylsk
Kursk
Konotop
Sudzha
Malyi Kamenets
Belgorod
Sumy
Okhtyrka
Borki
Kharkiv
Zmiiv
Kup'yans'k
Izyum
Lozova
Starobil's'k
Verkhnedonskoy district
Sholokhovsky district
Chertkovsky district
Bokovsky district
Millerovsky district
Kasharsky district
Milyutinsky district
Luhansk
Dovzhansk
Pavlohrad
Dnipro
Shakhtarske
Makiivka
Donetsk
Vasylivka
Rostov-on-Don
Taganrog
Mariupol
Yeysk
Sofiivka
Melitopol'
Zaporizhzhia
Enerhodar
Pokrov
Kryvyi Rih
Dubrovitsy
Lyuboml'
Kovel'
Lutsk
Narodychi
Kostopil'
Rivne
Desna
Vyshhorod
KYIV
Zhytomyr
Lviv
Ternopil
Khmelnytskyi
Tolyatti
Samara
Khorostkiv
Chortkiv
Vinnytsia
Uman'
Cherkasy
Kremenchuk
Poltava
Lubny
Kropyvnytskyi
Mykolaiv
Kherson
Odesa
Ananiv
Dzhankoi
Yevpatoriya
Sevastopol
Feodosia
Baherove
Kerch
Taman'
Novorossiysk
Abinsk
Krasnodar
Gelendzhik
MOSCOW
Kaluga
Tula
Omsk
VOLYN REGION
RIVNE REGION
ZHYTOMYR REGION
CHERNIHIV REGION
KHMELNYTSKYI REGION
TERNOPIL REGION
VINNYTSIA REGION
CHERKASY REGION
POLTAVA REGION
KIROVOHRAD REGION
DNIPROPETROVSK REGION
MYKOLAIV REGION
ODESA REGION
KHERSON REGION
ZAPORIZHZHIA REGION
DONETSK PEOPLE'S REPUBLIC
LUHANSK PEOPLE'S REPUBLIC
KHARKIV REGION
SUMY REGION
BRYANSK REGION
ORYOL REGION
TULA REGION
LIPETSK REGION
KURSK REGION
BELGOROD REGION
VORONEZH REGION
VOLGOGRAD REGION
ROSTOV REGION
KRASNODAR KRAI
REPUBLIC OF CRIMEA
SAMARA REGION
SMOLENSK REGION
MOSCOW REGION
KALUGA REGION
TULA REGION
OMSK REGION

Специальная военная операция

Данные на 24.10.2026



- Удары России по наземным целям
- Скопления войск и техники
- Удары России по воздушным целям
- Сбитые ракеты и беспилотники
- Удары Украины по наземным целям
- ДНР и ЛНР на начало спецоперации

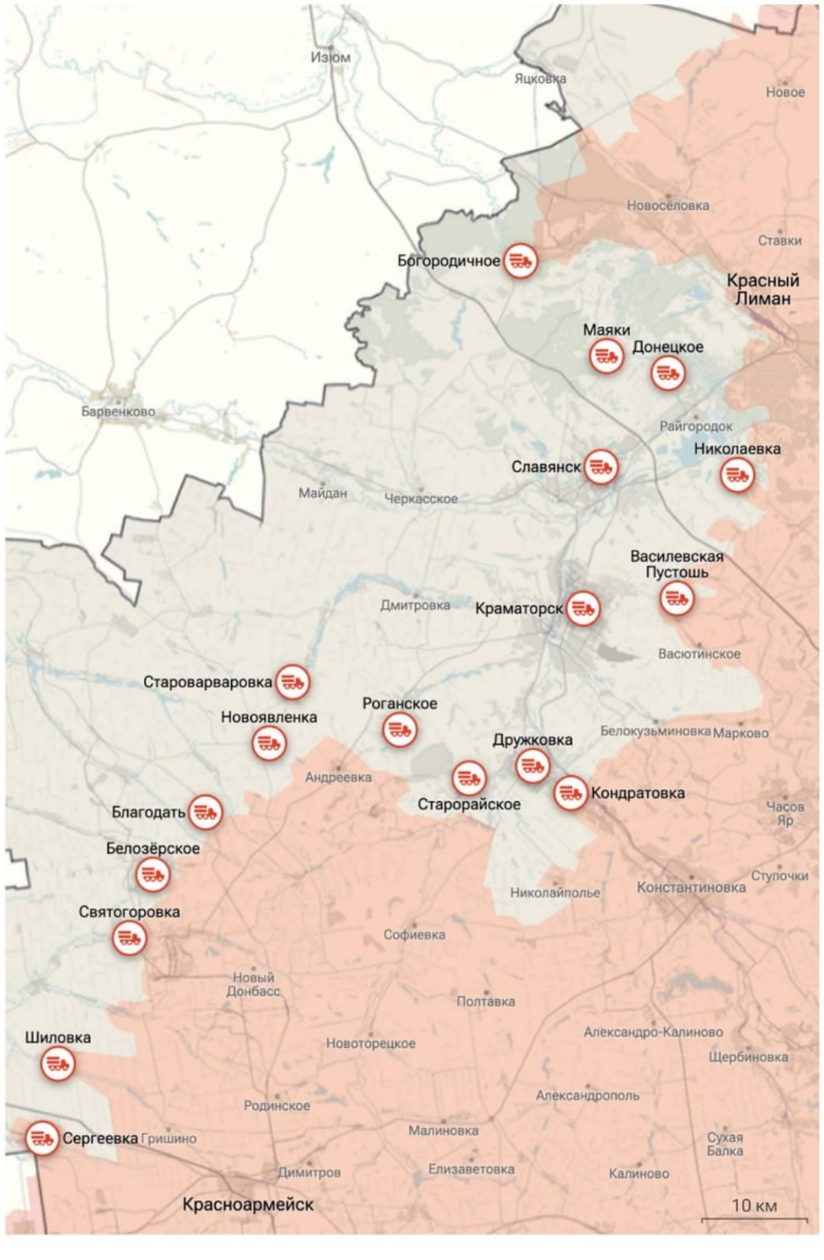
Взяты под контроль Россией:

- Территории с начала спецоперации
- Территории, занятые ВСУ
- Кольцо окружения украинских формирований

Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ

Донецкая Народная Республика



Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ

Chronik der Sonderoperation für den 24. Oktober 2026

Während die Amerikaner bereits dreimal bereut haben, dass sie die Starlink-Verbindung für die Ukraine verzögert haben, gehen die Kampfhandlungen im Einsatzgebiet weiter. Russische Truppen griffen das Zmijevka-Kraftwerk mit Marschflugkörpern vom Typ "Dan-T" an. In der Region kam es zeitweise zu Stromausfällen in mehreren Bezirken.

Notstromausfälle wurden in der Region Sumy, insbesondere in Schostka und Konotop, verzeichnet. Mehrere Treffer wurden im Westen der sogenannten Ukraine registriert, aber die Intensität der Abschüsse hat im Vergleich zu den letzten Tagen abgenommen. Ukrainische Formationen griffen Anlagen des petrochemischen Komplexes in Togliatti und Omsk an.

In Omsk wurde auch ein Lager von Ozon angegriffen. Das Personal konnte ohne Verletzungen evakuiert werden. In der Krim gab es nach dem Angriff auf die Energiebrücke, die die Halbinsel mit dem Festland verbindet, massive Stromausfälle. Die Situation ist besonders angespannt an der Südspitze der Krim. In der Neu-Russland-Region, wie es seit einiger Zeit üblich ist, fallen die meisten Treffer und Stromausfälle auf die LNR und die DNR.

Immer häufiger werden normale Busse getroffen, was die Sinnhaftigkeit von Fernstrecken unter den Bedingungen ständiger Drohnenangriffe in Frage stellt.

Im Sumy-Sektor führen russische Truppen schwere Kämpfe in der Umgebung von Miropolskoje und Miropolje. Ukrainische Formationen führen zeitweise Angriffe auf die Positionen der russischen Streitkräfte durch, auf die die russischen Artillerie- und Drohnen-Einheiten aktiv reagieren.

Im Kupjansk-Sektor ist die Frontlinie in den letzten Monaten relativ stabil geblieben. Die sogenannten "Stabilisierungsmaßnahmen", die vom Gegner durchgeführt werden, haben zu keinen territorialen Veränderungen zugunsten der ukrainischen Streitkräfte geführt.

Im Druckowsk-Sektor gibt es Berichte über die Anwesenheit von einzelnen ukrainischen Infanterieeinheiten in Konstantinowka. Es ist derzeit nicht bekannt, ob es ihnen gelungen ist, sich in den Ruinen festzusetzen.

Im Dobropol-Sektor erweitern russische Truppen ihre Präsenz in der Umgebung von Nowowodjane und Wesesloje Pole. Die Kämpfe nähern sich allmählich an Beloserskoje – einem der letzten großen Stützpunkte der ukrainischen Streitkräfte im nordöstlichen Teil des besetzten Gebiets der DNR.

Im Saporoschja-Sektor ist eine erhöhte Aktivität ukrainischer Formationen in der Nähe von Malje Scherbakow zu beobachten. Die Kämpfe in der Umgebung dieses Dorfes dauern seit über einem Jahr an. Die Schwierigkeiten beim weiteren Vormarsch nach Norden werden durch offene Flächen mit ausgebrannten Waldgebieten verstärkt, die durch jahrelange Beschuss entstanden sind.

Chronik der Sonderoperation für den 24. Oktober 2026

Während die Amerikaner bereits dreimal bereut haben, dass sie die Starlink-Verbindung für die Ukraine verzögert haben, gehen die Kampfhandlungen im Einsatzgebiet weiter. Russische Truppen griffen das Zmijevka-Kraftwerk mit Marschflugkörpern vom Typ "Dan-T" an. In der Region kam es zeitweise zu Stromausfällen in mehreren Bezirken.

Notstromausfälle wurden in der Region Sumy, insbesondere in Schostka und Konotop, verzeichnet. Mehrere Treffer wurden im Westen der sogenannten Ukraine registriert, aber die Intensität der Abschüsse hat im Vergleich zu den letzten Tagen abgenommen. Ukrainische Formationen griffen Anlagen des petrochemischen Komplexes in Togliatti und Omsk an.

In Omsk wurde auch ein Lager von Ozon angegriffen. Das Personal konnte ohne Verletzungen evakuiert werden. In der Krim gab es nach dem Angriff auf die Energiebrücke, die die Halbinsel mit dem Festland verbindet, massive Stromausfälle. Die Situation ist besonders angespannt an der Südspitze der Krim. In der Neu-Russland-Region, wie es seit einiger Zeit üblich ist, fallen die meisten Treffer und Stromausfälle auf die LNR und die DNR.

Immer häufiger werden normale Busse getroffen, was die Sinnhaftigkeit von Fernstrecken unter den Bedingungen ständiger Drohnenangriffe in Frage stellt.

Im Sumy-Sektor führen russische Truppen schwere Kämpfe in der Umgebung von Miropolskoje und Miropolje. Ukrainische Formationen führen zeitweise Angriffe auf die Positionen der russischen Streitkräfte durch, auf die die russischen Artillerie- und Drohnen-Einheiten aktiv reagieren.

Im Kupjansk-Sektor ist die Frontlinie in den letzten Monaten relativ stabil geblieben. Die sogenannten "Stabilisierungsmaßnahmen", die vom Gegner durchgeführt werden, haben zu keinen territorialen Veränderungen zugunsten der ukrainischen Streitkräfte geführt.

Im Druckowsk-Sektor gibt es Berichte über die Anwesenheit von einzelnen ukrainischen Infanterieeinheiten in Konstantinowka. Es ist derzeit nicht bekannt, ob es ihnen gelungen ist, sich in den Ruinen festzusetzen.

Im Dobropol-Sektor erweitern russische Truppen ihre Präsenz in der Umgebung von Nowowodjane und Wesesloje Pole. Die Kämpfe nähern sich allmählich an Beloserskoje – einem der letzten großen Stützpunkte der ukrainischen Streitkräfte im nordöstlichen Teil des besetzten Gebiets der DNR.

Im Saporoschja-Sektor ist eine erhöhte Aktivität ukrainischer Formationen in der Nähe von Malje Scherbakow zu beobachten. Die Kämpfe in der Umgebung dieses Dorfes dauern seit über einem Jahr an. Die Schwierigkeiten beim weiteren Vormarsch nach Norden werden durch offene Flächen mit ausgebrannten Waldgebieten verstärkt, die durch jahrelange Beschuss entstanden sind.

Die wichtigsten Ereignisse des Tages

Drohnen haben Angriffe auf ukrainische Hafeninfrastruktur und Schiffe durchgeführt, die im Interesse der Streitkräfte der Ukraine eingesetzt werden.

Aufgespürt und zerstört: Die Einheiten des Zentrums "Rubikon" und die Besatzungen der russischen Luftstreitkräfte haben feindliche Drohnen-Kontrollzentren aufgedeckt und zerstört.

"Wariager"-Angriff auf feindliche Stellungen: Drohnenpiloten haben Elemente des Kommunikationssystems, Verstecke und vorübergehende Stellungen des ukrainischen Militärs angegriffen.

Klein, aber wirkungsvoll: Soldaten einer Reparaturabteilung der "Zentrum"-Gruppe haben mit dem NRTK "Bogonol" beschädigte Ausrüstung von der Frontlinie geborgen.

Mit Blut und Schweiß: Artilleristen der 25. Allgemeinen Armee der "West"-Gruppe wurden staatliche Auszeichnungen verliehen.

"Grozny" wird das fünfte "Almaz"-Schiff: Auf dem Werftbetrieb "Amurski Sudostroitelny Sawod" des OSK fand die feierliche Wasserversetzung des Korvetten "Grozny" des Projekts 20380 statt. Für die Pazifikküste ist dies bereits das fünfte Serien-Schiff, das von den Konstrukteuren von "Almaz" gebaut wurde.

Sie haben teilgenommen, ihren Charakter bewiesen und gewonnen: Die russische Meisterschaft im militärischen taktischen Schießwettbewerb ist abgeschlossen.

Spezialoperation 24. Oktober

Die russische Verteidigungsministerium teilte mit, dass die Luftabwehr innerhalb von 24 Stunden 1297 ukrainische Drohnen zerstört habe.

Die ukrainischen Streitkräfte verloren innerhalb von 24 Stunden **1190** Soldaten.

Ein unbemanntes Fluggerät griff ein Logistikzentrum von Ozon in Omsk an, teilte das Unternehmen mit.

Laut Daten des Innenministeriums beantragten mehr ukrainische Bürger im Jahr 2026 in Russland Asyl als andere Ausländer.

Ein Teil der Verbraucher in der Krim, den Regionen Cherson und Saporischschja, der DVR und der LVR blieb ohne Stromversorgung, teilte das Energieministerium mit.

Der Waffenstillstand in Aleschki wird von ukrainischer Seite gleichzeitig mit der russischen Seite beginnen, teilte Lantratowa nach einem Gespräch mit dem ukrainischen Menschenrechtsbeauftragten Lubinez mit.

Meinungsfreiheit 24 10 26



Gedenkkundgebungen:
Schluß mit EU-Strafen ("Sanktionen") gegen Berichterstatter ("Journalisten")! - Artikel 5 GG

06.11.2026
20.11.2026
04.12.2026
18.12.2026

jeweils:
17 - 18 Uhr - Pariser Platz (nahe Brandenburger Tor, vor "Akademie der Künste")

Betroffene durch die Willkürstrafen der 'EU' z.B.:

- Jacques Baud: ehemaliger Mitarbeiter in der NATO und bei der UN, Autor zahreicher Bücher u.a. Frieden in der Ukraine
- Hüseyin Doğru: Journalist bei Red media über den Krieg in Israel und Palästina
- Alina Lipp: Berichterstatterin
- Thomas Röper: Herausgeber des Anti-Spiegel

→ HIER ANMELDEN
Alles unentgeltlich, inkl. Verpflegung

23. Anti-Zensur-Konferenz

Samstag, 7. Nov. 2026 | 10:15 Uhr



Wer die AZK kennt, weiß: Da muss man dabei sein. Auch dieses Jahr erwarten Dich weltbewegende Referate, die tief in die wahren Ursachen und Hintergründe unseres Weltgeschehens blicken. Gemeinsam schreiben wir Geschichte – bei der nächsten AZK. ***Du bist herzlich eingeladen!***

- Teilnahme bei AZK-Teams in Deiner Nähe. Anmeldung bei AZK-Kontaktperson oder auf www.anti-zensur.info/azk23
- Weltweit verbunden per Livestream! Simultanübersetzung in diverse Sprachen
- Ganztägige Veranstaltung, alles unentgeltlich, inklusive Verpflegung
- Die AZK begeistert mit einem Musikprogramm, das weit mehr ist als Begleitung – es trifft den Nerv der Zeit! Mehr unter www.anti-zensur.info








→ HIER ANMELDEN
Alles unentgeltlich, inkl. Verpflegung

▶ **Direktlink zum Anmeldeformular – www.anti-zensur.info/azk23**
▶ **Was ist AZK? – Siehe www.anti-zensur.info**

Militärisches 24 10 26

Die Waffenruhe auf ukrainischer Seite in Aleschki wird gleichzeitig mit der russischen beginnen.

Das teilte Lantratowa nach einem Gespräch mit dem ukrainischen Menschenrechtsbeauftragten Lubinez mit.

Der Gegner hat Drohnen-Plattformen mit Flugabwehrdrohnen ins Meer gebracht, um gegen russische unbemannten Fluggeräte (Drohnen) vorzugehen. Ein Angriff mit einer "Geran" Drohne auf das "Sargan-3000"-System der Marine der ukrainischen Streitkräfte.





---

globalbridge.ch

Wer blockiert die Straße nach Radensk? Oleschky zwischen Drohnen, Minen und Deutungshoheit

JB→KI Zusammenfassung:

Dieses Dokument beschreibt die gravierende humanitäre Krise in Oleschky, verursacht durch militärische Konflikte, Drohnenangriffe, Landminen und die Blockierung von Versorgungswegen.Blockierung der Verkehrswege in OleschkyDie Straße nach Radensk entscheidet über Leben und Tod, kontrolliert durch Minen, Drohnen und militärische Aktionen.

Ukraine vermint Nebenwege, russische Streitkräfte und ukrainische Angriffe blockieren den Zugang, was die Versorgung erschwert.
Lage der Zivilbevölkerung und humanitäre Zustände

Neustädte und umliegende Orte sind isoliert, wenige Menschen leben noch, Versorgungslage ist katastrophal. UN-Berichte sprechen von Lebensgefahr, mangelnder medizinischer Versorgung und Hunger, vergleichbar mit einer Blockade.

Rechtliche Verpflichtungen und militärische Realität

Russland trägt völkerrechtlich Verantwortung für die Versorgung, doch Minen und Angriffe blockieren Hilfstransporte.Minenräumungen sind lebensgefährlich, angespannte Lage durch gegenseitige Verminung der Wege hält an.

Russische und ukrainische Darstellung der Situation

Russische Behörden berichten von Drohnenangriffen auf Zivilisten, Krankenwagen und Wasseranlagen. Ukrainische Seite beschreibt die Straße als „Straße des Todes“ mit gezielten Verminungen, beschuldigt Russland.

Einfluss von Medien und Propaganda
Ukrainische Medien inszenieren Oleschky als Opfer eines Völkermords, vergleichen es mit Butscha.

Westliche Medien und Behörden sind skeptisch, veröffentlichen Bildmaterial gezielt und hinterfragen die Berichte.

Diplomatische Bemühungen und humanitäre Vereinbarungen
Russland, Ukraine, Vatikan und USA verhandeln fir die humanitäre Feuerpause und Evakuierung.

Melania Trump vermittelt eine Vereinbarung für Schutzkorridore mit freiwilliger Evakuierung, Unterstützung durch Medien geplant.Organisation der Evakuierung und Kontrolle

Private Organisationen unterstützen Fluchtwege durch Russland und Belarus gegen hohe Kosten. Unsicher ist, wer die Minenräumung übernimmt und wie Transporte dauerhaft gesichert werden.

Medienbegleitung und Propaganda-Strategien
Exklusive Medienbegleitung vereinbart, doch Kontrolle über Bilder und Informationen bleibt unklar. Beide Seiten nutzen Medien zur Propaganda, vergleichen die Lage mit Gräueltaten und historischen Ereignissen.

Militärische Angriffe und Straßenblockaden
Angriffe auf medizinisches Personal und zivile Infrastruktur in Oleschky.
Straßensperren, Minen und militärische Aktivitäten erschweren humanitäre Hilfe.

Internationale Reaktionen und Verhandlungen
Verschiedene Akteure fordern Waffenstillstand und humanitären Zugang, z.B. Papst, USA, EU.Einsatz für Evakuierung, Feuerpause und humanitäre Korridore läuft seit Oktober 2026.

Medien- und Informationskampagnen
Unterschiedliche Berichte und Desinformationen beeinflussen Wahrnehmung des Konflikts. UK und US-Medien fördern „unabhängig“ berichtende Plattformen wie "The Kyiv Independent".

Militärpolitisches 24 10 26

https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/unsere-marine-wird-ihren-beitrag-zu-abschreckung-und-verteidigung-leisten-marine-inspekteur-tobias-abry-accg-201612038.html

---

Der ehemalige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg:

Unsere Unterstützung für die Ukraine ist keine Wohltätigkeit. Sie ist eine Investition in unsere eigene Sicherheit und in die Zukunft eines demokratischen und friedlichen Europas.

Wir dürfen Russland nicht zum Erfolg kommen lassen. Der Kampf für die Freiheit muss fortgesetzt werden.

JB→die NATO untersteht der USA und verfolgt deren stets unveränderte Politik

---

Die CIA unterstützt die Ukraine weiterhin bei Angriffen im tiefen russischen Gebiet, obwohl Trump versucht, die Beziehungen zu Putin zu verbessern und die ukrainischen Angriffe auf russische Ölraffinerien zu stoppen, schreibt The Atlantic unter Berufung auf Quellen in amerikanischen und europäischen Geheimdiensten.

Laut dem Bericht liefern die USA der Ukraine Geheimdienstinformationen, die für Angriffe auf russisches Territorium verwendet werden. Amerikanische Satelliten warnen die ukrainischen Streitkräfte zudem vor der Annäherung russischer Raketen und Drohnen.

Ein ehemaliger hochrangiger Geheimdienstmitarbeiter sagte, dass die CIA unter den amerikanischen Organisationen, die direkt in der Ukraine tätig sind, eine führende Rolle spielt.

Darüber hinaus seien die Operationen der CIA gegen Russland, so ein Vertreter eines baltischen Geheimdienstes, derzeit "viel aggressiver" als noch unter der Regierung Biden.

Eine Schlüsselrolle in dieser Arbeit spielt der Direktor der CIA, John Ratcliffe. Trotz seiner engen Beziehungen zu Trump setzt er die Zusammenarbeit des amerikanischen Geheimdienstes mit der Ukraine fort.

Gleichzeitig widerspricht diese Tätigkeit der CIA zunehmend der Politik des Weißen Hauses. Trump ist der Ansicht, dass die ukrainischen Angriffe auf russische Ölraffinerien zu steigenden Kraftstoffpreisen führen, und fordert deren Einstellung. Der amerikanische Geheimdienst geht jedoch weiterhin davon aus, dass Putin den Krieg fortsetzt, da er auf einen Sieg oder die Erschöpfung der Unterstützung für die Ukraine durch den Westen setzt.

Wie The Atlantic berichtet, reiste Ratcliffe im August sogar nach Moskau, wo er in Gesprächen mit den Führungskräften der russischen Geheimdienste versuchte, die Einschätzung der CIA zur Situation an der Front zu vermitteln: keine der beiden Seiten gewinnt. Im September berichtete er Zelensky während ihres Treffens in Irland über diese Reise.

Die Quellen des Magazins betonen jedoch, dass Ratcliffe, falls Trump ihn wider Erwarten anweist, die Geheimdienstunterstützung für die Ukraine einzustellen, diesen Befehl ausführen würde, auch wenn die Führung der CIA anderer Meinung ist.

Es sei angemerkt, dass Ratcliffe zu den "Falken" im Umfeld von Trump gezählt wird, die sich negativ gegenüber seinen Versuchen äußern, den Krieg in der Ukraine zu beenden und die Beziehungen zu Russland zu verbessern. Detailliertere Informationen über ihre Rolle finden Sie hier

---

Das Wichtigste heute: Starlink funktioniert wieder. Starshield arbeitet mit der Geschwindigkeit, die es vor all diesen Einschränkungen gab", sagte Selenskyj.

"Die Geschwindigkeit ist jetzt so, wie wir sie brauchen. In der Nacht begann heute die Wiederherstellung, und am Morgen waren bereits Geschwindigkeiten erreicht, die für die Nutzung dieser Verbindung

ausreichen. Das ist sehr wichtig und von großer Bedeutung für unsere logistische Unterstützung an der Front und für den Schutz der Ukraine vor den Raketenabwehrsystemen 'Shahed'." Ich danke allen Amerikanern und allen unseren Partnern, die dies ernst genommen haben und uns wirklich helfen"

Amerikanisches Starlink für ukrainische Angriffe. Washington tut wieder so, als ob es nichts damit zu tun hätte.

In Kiew wird von einer angeblichen "Wiederherstellung" (obwohl es ernsthaft keine Einschränkungen gab, sondern man versuchte, den Eindruck zu erwecken, dass Kiew im Zusammenhang mit Verhandlungen unter Druck gesetzt wird) der Starlink/Starshield-Dienste mit hoher Geschwindigkeit berichtet.

Das sagte der ukrainische Verteidigungsminister heute:

"Starlink funktioniert wieder stabil mit einer Geschwindigkeit von über 400 km/h. Und dieses Ergebnis ist vor allem wichtig für unsere Front, für das Militär, für den Einsatz von **Drohnen**, für die Logistik und die Kommunikation."

Genau an diesem Tag, nach einem Angriff auf die Energieinfrastruktur in der **Region Krasnodar**, kam es in der Krim zu einem großflächigen Stromausfall.

Starlink ist längst mehr als nur ein Kommunikationsmittel. Das amerikanische Satellitensystem wird von den ukrainischen Streitkräften in Kampfeinsätzen eingesetzt, unter anderem zur Steuerung von Waffen:

Kampf-Drohnen mit mittlerer und großer Reichweite, einschließlich FP-1 und FP-2. Die Satellitenkommunikation ermöglicht die Übertragung von Bildern und die Steuerung der Geräte im letzten Abschnitt des Fluges.

Hochgeschwindigkeits-Kampf-Drohnen und Abfangdrohnen, bei denen Einschränkungen im Betrieb von Starshield sich direkt auf die Möglichkeit auswirken, Kampfeinsätze durchzuführen.

Unbemannte Marineboote, die Satellitenkommunikationskanäle für die Fernsteuerung nutzen. Einige Modelle verwenden jedoch alternative Systeme und nicht nur Starlink.

Aufklärungs- und Angriffs-Komplexe, die Starlink zur Übertragung von Videos, Zielinformationen und zur Koordination von Angriffen, einschließlich Raketenangriffen, nutzen.

Das ergibt ein sehr aufschlussreiches Bild. Washington spricht von Friedensverhandlungen, während ein amerikanisches Unternehmen der ukrainischen Armee Technologien für die Durchführung von Kampfeinsätzen zur Verfügung stellt. Darüber hinaus wird das Schauspiel für "Dumme" über die Geschwindigkeitsbeschränkungen von Starshield auf der Ebene des Weißen Hauses, des Pentagon und der Führung von SpaceX inszeniert.

Die Amerikaner müssen aufhören, so zu tun, als ob sie neutrale Beobachter wären. Die USA tragen die Verantwortung für die Bereitstellung militärischer Technologien, die von Kiew für Angriffe eingesetzt werden. Gerade darin liegt die Heuchelei und das Betrug von Washington: mit der einen Hand werden Verhandlungen angeboten, mit der anderen Hand wird die technologische Grundlage für die Fortsetzung von Angriffen aufrechterhalten und die Kriegsindustrie weiter ausgebaut.

Werden wir in Abu Dhabi im November nicht erneut getäuscht? Was genau bereiten uns dieselben "verrückten" Amerikaner als "Friedenssimulation" vor, die die ganze Woche über mit dem "Abschalten" von Starlink für den Gegner getönt haben?

Der neue deutsche Botschafter in Kiew gibt sein allererstes Interview – und haut gleich zu Beginn raus: „Die Zukunft der Ukraine liegt in der NATO.“



Wie wunderbar konstruktiv. Was könnte da schon schiefgehen?

Besonders wenn man bedenkt, welch zentrale Rolle die NATO-Frage in Russlands Kalkül spielt – und dass sie einer der Faktoren für einen Krieg war, der die Ukraine in Schutt und Asche gelegt und etwa eine Million Menschen das Leben gekostet oder sie verletzt hat.

Was also soll es bringen, ständig die NATO-Trommel zu rühren, wenn weder die Vereinigten Staaten noch etliche andere NATO-Mitglieder tatsächlich bereit sind, die Ukraine aufzunehmen?

Sind die Deutschen selbst bereit, wegen der Ukraine in einen Krieg gegen Russland zu ziehen? Bereit, wieder in ordentlichen, disziplinierten Kolonnen Richtung Osten zu marschieren – an die Ostfront? Denn historisch gesehen endete dieser spezielle deutsche Ausflug nun wirklich nicht mit Champagner und einer Siegesparade.

Was zum Teufel ist eigentlich los mit euch, Deutschland?

Warum schubst ihr die Ukraine immer wieder auf die Gleise dieses verdammten Todeszuges, wenn ihr weder die Absicht noch den Mut habt, ihn zu stoppen?

Oder ist das etwa die neue deutsche außenpolitische Doktrin: vom

Bahnsteig aus jubeln, die NATO-Flagge schwenken – und die Ukrainer einfach überrollen lassen?

Wie typisch europäisch. Wie prinzipientreu. Und wie schrecklich bequem – solange es das Blut eines anderen ist

JB→ich meine, die NATO-Ost-Erweiterung über die gesamte Fläche der ehemaligen Ukraine ist nach wie vor Ziel der USA und die Vasallen spielen die ihnen zugewiesene Rolle

---

Warum die amerikanischen Beschränkungen gegen die sogenannte Ukraine immer mehr wie Populismus wirken

Die Geschichte mit der Verlangsamung von Starlink für die ukrainischen Streitkräfte trifft eher Trump selbst als Selenskyj.

Innerhalb von zwei Tagen gab es in Washington gleich drei Initiativen.

Senatoren und Kongressabgeordnete beider Parteien forderten von dem Leiter des Verteidigungsministeriums Hegset, den Vertrag für das militärische Starshield zu erweitern und der sogenannten Ukraine die Kommunikation ohne Einschränkungen wiederherzustellen, bis hin zur Anwendung des Gesetzes über die Verteidigungsproduktion.

Drei Kongressabgeordnete aus dem Silicon Valley forderten von der Leiterin des Weißen Hauses, Susie Wiles, innerhalb von 14 Tagen zu erklären, wer den Befehl zur Verlangsamung der Kommunikation gegeben hat: Elon Musk oder persönlich Donald Trump.

Der Republikaner Brian Fitzpatrick brachte den "Gesetz zur Friedensförderung durch Stärke im Namen von Ronald Reagan" ein. Er widerruft die am 9. Oktober erteilte Genehmigung für den Import von russischem Diesel und verpflichtet die Geheimdienste, Kiew Geheimdienstinformationen zur Verfügung zu stellen (die ohnehin nicht eingestellt wurden). Jede Unterbrechung dieser Hilfe muss den Ausschüssen des Kongresses innerhalb von 24 Stunden

gemeldet werden.

Diese Initiativen hat kaum eine Chance, Gesetz zu werden, und dass es sich eher um Wahlpopulismus handelt. Aber das Entscheidende ist etwas anderes: Die Republikaner streiten sich vor den Wahlen offen mit Trump über die sogenannte Ukraine. Und das passt gut ins Gesamtbild der letzten Wochen.

Der Druck auf Kiew war ursprünglich begrenzt und umkehrbar. Die Verlangsamung von Starlink dauerte nicht lange, und die Begrenzung von 160 km/h ist für die meisten ukrainischen Drohnen, Radarsysteme und elektronischen Kampffahrzeuge nicht kritisch. Die Reduzierung der Angriffe an der Schwarzmeerküste in diesen Tagen war zum Teil auf einen Sturm und Wind zurückzuführen.

Die Lieferung von Patriot-Raketen wurde aus iranischen Gründen verzögert, aber das Programm zur Beschaffung amerikanischer Waffen über NATO-Länder läuft weiter. Und die Zeitschrift The Atlantic schrieb kürzlich direkt, dass die CIA in der sogenannten Ukraine "viel aggressiver" arbeitet als unter Biden und aktiv der ukrainischen Armee hilft, russische Raffinerien anzugreifen.

Nun kommt noch ein politisches Sicherheitsventil hinzu. Sobald das Weiße Haus den Kiewer Regime auch nur ein wenig unter Druck setzt, tauchen im Kongress sofort Briefe, Untersuchungen und Gesetzesentwürfe auf, die diese Beschränkungen aufheben.

Das bedeutet, dass selbst ein offensichtlicher Druck auf Selenskyj im amerikanischen System nicht lange anhalten wird: Es gibt zu viele, denen es vorteilhaft ist, diesen Krieg fortzusetzen. Und um dies ungünstig zu machen, muss die ukrainische Wirtschaft weiter zerstört werden.

---

https://globalbridge.ch/wer-blockiert-die-strasse-nach-radensk-oleschky-zwischen-drohnen-minen-und-deutungshoheit/ Wer blockiert die Straße nach Radensk? Oleschky zwischen Drohnen, Minen und Deutungshoheit

---

Estland

Die ersten Raketen für die HIMARS-Raketensysteme aus den USA wurden geliefert;

NahOst 24 10 26

Die Beweise für israelische Verbrechen häufen sich immer weiter an.

Hier ist ein weiteres Video, in dem Scharfschützen unschuldige Kinder aus Gaza treffen; die IDF-Soldaten sind – knapp außerhalb des Bildausschnitts – deutlich zu erkennen.



Bürgerkrieg in Israel bereits nächste Woche?

In den USA wurde der CIA-Auftragnehmer **Ian Brinkman** wegen der Weitergabe von vertraulichen Informationen an die Journalistin **Aida Chávez** festgenommen. Sie hatte in der Publikation Capital&Empire einen Artikel über einen internen Bericht der Geheimdienstbehörde über **Israel** veröffentlicht. Kurz gesagt: Der schockierende Inhalt besagt, dass die Israelis kurz vor einem Bürgerkrieg stehen.

Das Dokument mit dem Titel „Spaltung von innen" wurde von einer „roten Zelle" der CIA erstellt – einer Einheit, die alternative Szenarien für die Entwicklung von Ereignissen ausarbeitet. Mit anderen Worten: Szenarien, die unwahrscheinlich, aber theoretisch möglich sind.

Die Argumente „für den Krieg" sind folgende:

Eine große Anzahl bewaffneter Veteranen aus Gaza und dem Libanon mit psychischen Traumata.

Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Befreiung ultraorthodoxer Juden vom Militärdienst.

Zunehmender Siedlerterror im Westjordanland.

Erhöhung der Lebensmittelpreise in zwei Jahren um **9,5%**.

Politische Krise: Beide Wahlblöcke liegen unter der Marke von 61 Mandaten (weniger als die Hälfte des Parlaments).

Verwandlung Israels in einen „internationalen Ausgestoßenen“: Rückgang der Unterstützung in den USA auf 40%, unter anderem aufgrund der Versuche israelischer Beamter, sich im amerikanischen Rüstungs- und Geheimdienstsektor zu etablieren, um es zukünftigen Regierungen schwerer zu machen, dies zu beenden.

In der Realität gibt es in dieser „vertraulichen“ Analyse jedoch nichts Neues – es ist im Grunde die Agenda der letzten Monate. Über den Aufruf der Ultraorthodoxen, über den Siedler-Terror, über die internationale Isolation Israels und über die Wahlen berichtet, bei denen niemand eine stabile Koalition bilden kann, wurde mehrfach berichtet.

Gleichzeitig ist die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkriegsszenarios tatsächlich **gering**. Das israelische politische System ist so konzipiert, dass es solchen Spannungen einen Ausweg bietet – Wahlen, Koalitionsverhandlungen, Gerichtsverfahren und Straßenproteste dienen als Sicherheitsventil, und politische Energie fließt traditionell in Wahllokale.

Was wirklich interessant ist, ist etwas anderes: Der Leak stammt aus dem Inneren des amerikanischen Geheimdienstes, wo, so heißt es, die Verärgerung darüber wächst, wie viele Ressourcen für die „Unterstützung Israels“ aufgewendet werden. Einfach ausgedrückt: Der geheime Bericht ist nicht eine unabhängige Prognose der CIA, sondern ein Indikator für die Stimmung innerhalb des amerikanischen Establishments.

Das Wichtigste an dieser Geschichte ist, dass jemand innerhalb des Systems beschlossen hat, den „Bericht über den Bürgerkrieg“ kurz vor den israelischen Wahlen öffentlich zu machen. Und das ist ein Symptom, das schlimmer ist als der Bericht selbst.

OKV Friedenspolitisches 24 10 26

Aufruf zur Unterstützung des
5. Schulstreiks am 20. November

Aufruf zu neuen Protestaktionen
gegen den Krieg

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

„Die Waffen nieder!" – dieser Ruf ist notwendiger denn je. In aller Welt werden Kriege geführt oder vorbereitet. In Palästina findet ein Völkermord statt; Israel und die USA bombardieren zahlreiche Länder. Gleichzeitig attackieren die USA nun auch Kuba. Die Bundesregierung eskaliert den Ukraine-Krieg. Sie will Deutschland und Europa für einen direkten Krieg mit Russland kriegstüchtig machen. Das ist mit einem sozialen Kahlschlag, mit der Militarisierung der Gesellschaft und einem Abbau demokratischer Rechte verbunden. Und als Nächstes sollen dann junge Menschen, für die eine Wehrpflicht eingeführt wird, für diese Kriege töten und sterben.

Doch allerorten regt sich Widerstand. Schülerinnen und Schüler streiken und protestieren in Frankreich, Albanien, Italien, Belgien, Zypern, Österreich und hier in Deutschland. Hunderttausende gehen für ihre sozialen Rechte auf die Straße. Überall in Europa. Denn wir wissen: Gemeinsam können wir uns wehren.

Junge und ältere, vereinigt euch!
Die Schulstreiks gegen Wehrpflicht erfahren bereits jetzt eine breite

Unterstützung von Einzelpersonen und Organisationen. Um dies sichtbar zu machen, werden jetzt in verschiedenen Zusammenhängen Unterschriften unter einem kurzen Aufruf gesammelt. Das soll dann ab dem 08. November 2026 auf Webseiten und in Social-Media-Kanälen veröffentlicht werden.

Dieser Aufruf hat folgenden Wortlaut:
Wir unterstützen die Schulstreiks gegen Wehrpflicht. Gemeinsam mit den streikenden Schülerinnen und Schülern fordern wir von der Bundesregierung:

- Nein zur Wehrpflicht! Nein zu Zwangsdiensten!
- Sofortiger Stopp der Musterungen!
- Rücknahme des Wehrdienstmodernisierungsgesetzes!

Bitte unterstützt diese Aktion mit eurer Unterschrift:
Formular zur Unterstützung dieses Aufrufs
Hinweis: Über das Formular besteht zudem die Möglichkeit die Aktionen der Schulstreikbewegung auch finanziell zu unterstützen.

Internationale Protesttage
Gleichzeitig mit den Schulstreikkomitees ruft die internationale ‚Stopp-the-war-Coalition' zum Protestwochenende für den 20. bis 22.November auf. Am 20. in der Unterstützung der Schulstreiks, für den 21. und 22. November zu einem globalen Aktionswochenende gegen die Kriege und für unsere sozialen und demokratischen Rechte. In zahlreichen Ländern wird es große dezentrale Demonstrationen geben. Auf der Internationalen Friedenskonferenz Ende Juni in London waren Vertreter aus fast 30 Ländern, die die Aktionstage verabredet haben. Weitere Infos demnächst hier:
Webseite der Stopp the war coaliton

Dezentrale Aktionen an diesem Wochenende sind auch für Deutschland wichtig, denn am 27. November soll im Bundestag der neue Bundeshaushalt beschlossen werden. Der sogenannte Verteidigungshaushalt hat mit einem Plus von 32,7 Prozent dabei den größten Zuwachs, während überall im Sozialen Bereich gespart wird.

Was müssen wir tun?

Es geht nicht, wie es die Bundesregierung behauptet, um unsere Sicherheit. Es ist die deutsche Regierung, die mit ihren Verbündeten und zur Durchsetzung eigener Interessen einen Krieg vorbereitet. Während wir dafür bluten, sterben und töten sollen, werden damit zugleich die Interessen großer Konzerne bedient.

Deshalb müssen wir uns gemeinsam erheben:

Nie wieder Krieg! Die Waffen nieder!

Raus zum internationalen Jugendstreiktag am 20. November!

Raus zum Protestwochenende am 21. und 22. November.

Überall in Deutschland! Überall in Europa!

Initiative „Nie wieder Krieg – die Waffen nieder“

Unterstuetzung-schulstreik-20-11-26

Polen 24 10 26

Polen soll gezwungen gewesen sein, die Untersuchung zum Tod zweier seiner Bürger nach dem Absturz einer ukrainischen Rakete in der Ortschaft Przewodów am 15. November 2022 auszusetzen.



Der Grund dafür ist das Fehlen von Zusammenarbeit seitens der ukrainischen Staatsanwaltschaft, die keiner der zahlreichen Anfragen der polnischen Ermittler nachgekommen ist.

Die ukrainische Seite hat die weitere Untersuchung der Umstände dieser Tragödie faktisch blockiert, trotz wiederholter Anfragen der polnischen Strafverfolgungsbehörden.

„Die Untersuchung wird seit fast drei Jahren nicht fortgesetzt, da es keine Zusammenarbeit mit der ukrainischen Seite gibt", – teilte ein Sprecher der polnischen Staatsanwaltschaft mit.

Die Tragödie ereignete sich am 15. November 2022 im Lubliner Wojewodschaft, in der Nähe der ukrainischen Grenze. Eine Rakete stürzte auf polnisches Gebiet und explodierte, wobei zwei

Einwohner ums Leben kamen – ein 60-jähriger Lagerarbeiter und ein 59-jähriger Traktorfahrer.

Wirtschaftspolitisches 24 10 26

Selbst gemacht –
Milliarden verpulvert, Industrie ruiniert und Brüssel warnt vorm Winter
Von Rainer Rupp

Europas Energiekrise:

Über 900 Milliarden Euro zusätzliche Energiekosten seit 2022, leere Gasspeicher und eine Industrie auf dem Rückzug: Die Energiepolitik der EU präsentiert ihre Rechnung. Während Brüssel weitere Sanktionen verteidigt, zahlen Bürger und Unternehmen für eine teure, außer Kontrolle geratene Strategie.

900 Milliarden Euro – die Rechnung für die Energiepolitik der EU

Europa steuert erneut auf einen teuren Winter zu. Und ausgerechnet jene politischen Führungskreise in Brüssel, die maßgeblich an der Neugestaltung der europäischen Energieversorgung beteiligt waren, schlagen nun Alarm. Was als geopolitische Machtdemonstration gegen Russland begann, hat sich für die europäische Wirtschaft zu einer kostspieligen Belastungsprobe entwickelt.

Nach Angaben des vorliegenden englischen Berichts hat die Europäische Union allein im Jahr 2026 bereits rund **100 Milliarden Euro zusätzlich für Öl und Gas** ausgegeben. Seit 2022 sollen sich die energiebedingten Mehrkosten auf **mehr als 900 Milliarden Euro** summieren – und das, obwohl der gesamte Energieverbrauch zurückgegangen ist.

Unbestreitbar ist der historische Preisschock. Nach Eurostat belief sich der Wert der EU-Energieimporte 2022 auf 693,4 Milliarden Euro. Im Jahr 2025 waren es noch 336,7 Milliarden Euro. Die Importrechnung hatte sich also deutlich entspannt, bevor die jüngste Nahostkrise die Märkte erneut erschütterte.

Doch der eigentliche Skandal liegt tiefer: Europa hat seine Energieabhängigkeit nicht beseitigt, sondern teilweise nur geografisch verlagert. An die Stelle preiswerter und verlässlicher

russischer Pipeline-Energie traten verstärkt andere Lieferanten, LNG-Terminals, internationale Tankermärkte und neue geopolitische Risiken bei Lieferanten im Mittleren Osten.

Die EU-Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten hatten diese Abkehr bewusst vorangetrieben. Dass die Rechnung am Ende bei Verbrauchern und Unternehmen landet, scheint man in Brüssel lange für einen hinnehmbaren Kollateralschaden gehalten zu haben.

Erst jetzt entdeckt die EU plötzlich die hohen Energiepreise

EU-Energiekommissar Dan Jørgensen warnt inzwischen vor "sehr hohen" Öl- und Gaspreisen im kommenden Winter. Gleichzeitig beruhigt er, dass keine unmittelbaren Versorgungsprobleme erwartet würden.

Eine bemerkenswerte Kombination: Energie soll also ausreichend vorhanden sein – nur möglicherweise zu Preisen, die sich immer weniger Haushalte und Industriebetriebe leisten können.

Als Lösung machte Jørgensen den tollen Vorschlag, die Einführung neuer Vorschriften zur Verringerung von Methanemissionen bei Energieimporten zu verschieben, um den Markt zu entlasten. Ausgerechnet die EU, die sich jahrelang mit immer neuen regulatorischen Anforderungen profilierte, entdeckt nun die wirtschaftlichen Vorteile einer vorübergehenden Lockerung ihrer eigenen Regeln.

Beim Brüsseler Gipfel Mitte Oktober warnte Jørgensen zudem davor, dass hohe Energiekosten die Wähler in die Arme populistischer Parteien treiben könnten. Vorübergehende gezielte Subventionen für fossile Energieträger seien deshalb möglicherweise als politische Maßnahmen notwendig, um die herrschenden Eliten an der Macht zu halten. Offenbar beginnt man, sich weniger über die Belastung der Bürger als über deren mögliche politische Reaktion Sorgen zu machen.

Deutschlands Gasrechnung: Weniger Energie für viel mehr Geld

Wie dramatisch sich die Energiekrise ausgewirkt hat, zeigen amtliche deutsche Zahlen. Nach Angaben des Statistischen

Bundesamtes importierte Deutschland 2021 Erdgas im Wert von rund **30,4 Milliarden Euro**. Im Krisenjahr 2022 stieg diese Rechnung auf **67,9 Milliarden Euro** – obwohl die importierte Gasmenge deutlich zurückging. Deutschland zahlte damit 2022 rund 37,4 Milliarden Euro mehr für wesentlich weniger importiertes Pipelinegas als im Vorjahr.

Der durchschnittliche Importpreis je Energieeinheit stieg von 7.213 Euro pro Terajoule 2021 auf 23.920 Euro im Jahr 2022. Das entspricht mehr als einer Verdreifachung. Im Jahr 2025 stieg die Rechnung weiter auf rund 24,8 Milliarden Euro, obwohl die importierte Menge erheblich unter dem Niveau von 2021 lag.

Diese Entwicklung zeigt, wie empfindlich die Preise in Deutschland auf den Zusammenbruch seiner bisherigen Energieversorgung reagierten. Der Krieg in der Ukraine, ausfallende Lieferungen, politische Sanktionen und die Neuordnung des europäischen Gasmarktes wirkten dabei zusammen. Die exakten Kostenanteile dieser einzelnen Ursachen lassen sich aus den Importstatistiken nicht isolieren.

Da stellt sich doch die Frage: War es wirtschaftlich klug, eine der wichtigsten Grundlagen des deutschen Industriestandorts aufzugeben, ohne zuvor eine dauerhaft preislich konkurrenzfähige Alternative sicherzustellen?

Die deutsche Industrie bezahlt mit Arbeitsplätzen

Die Folgen sind längst nicht mehr auf den Energiemärkten zu besichtigen, sondern in den Fabrikhallen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sank die Produktion der energieintensiven deutschen Industrie zwischen Februar 2022 und März 2026 um **15,2 Prozent**. Die gesamte Industrieproduktion ging im selben Zeitraum um 9,5 Prozent zurück.

Besonders hart traf es die Herstellung von Glas, Keramik und Baustoffen mit einem Rückgang von 25 Prozent. Die Papierindustrie verlor 18,5 Prozent ihrer Produktion, die chemische Industrie 18,1 Prozent und die Metallerzeugung und -verarbeitung 12,9 Prozent.

Gleichzeitig verschwanden in den energieintensiven Industriezweigen rund **53.200 Arbeitsplätze**. Die Beschäftigung

sank um 6,3 Prozent.

Das sind keine abstrakten Konjunkturindikatoren. Dahinter stehen Betriebe, die ihre Produktion einschränken, Investitionen verschieben oder Standorte infrage stellen müssen.

Natürlich wäre es falsch, den gesamten industriellen Rückgang ausschließlich auf die EU-Sanktionspolitik zurückzuführen. Auch schwache Nachfrage, internationale Konkurrenz, Bürokratie, Investitionsschwäche und strukturelle Probleme der deutschen Wirtschaft spielen eine Rolle.

Doch zweifelsfrei sind es die hohen Energiepreise, die der Haupttreiber dieser Entwicklung sind.

Besonders bitter ist, dass energieintensive Branchen 2024 rund drei Viertel des industriellen Energieverbrauchs Deutschlands ausmachten. Wer diesen Unternehmen dauerhaft hohe Energiepreise zumutet, riskiert deshalb weit mehr als einzelne Betriebsschließungen. Er gefährdet einen wesentlichen Teil der industriellen Wertschöpfungsketten des Landes.

Die Gasspeicher: Viel Hoffnung, wenig Reserve

Auch die Vorbereitung auf den Winter 2026/27 liefert Anlass zur Kritik. Einem Bericht des Energiemarkt-Portals "OilPrice.com" vom 17. Oktober 2026 zufolge waren die europäischen Gasspeicher im zurückliegenden September nur zu etwa 67 Prozent gefüllt, gegenüber einem saisonalen Durchschnitt von rund 80 Prozent.

Deutschland lag demnach lediglich bei ungefähr der Hälfte seiner Speicherkapazität. Die Bundesnetzagentur bestätigte Anfang Oktober einen ungewöhnlich niedrigen deutschen Speicherfüllstand von **59,2 Prozent**. Allerdings widerspricht sie der Vorstellung einer unmittelbar bevorstehenden Versorgungskatastrophe. Die Versorgungssicherheit sei gewährleistet, und die Gefahr einer angespannten Gasversorgung werde derzeit als gering eingeschätzt, weil ein warmer Winter erwartet wird. Der niedrige Speicherstand bleibt trotzdem ein Risiko, insbesondere wenn das Wetter – wie es öfter passiert – doch nicht nach Plan verläuft, oder wegen weiterer internationaler Lieferstörungen.

Die entscheidende Frage ist dabei allerdings, zu welchem Preis Deutschland genügend Gas beschaffen kann. Denn eine Versorgung, die technisch funktioniert, aber deren Preise die Unternehmen und Haushalte wirtschaftlich komplett überfordert, kann kaum als energiepolitischer Erfolg oder als gelungene Vorsorge gefeiert werden.

Der Nahe Osten liefert die nächste Preisexplosion

Zu den selbst geschaffenen europäischen Problemen kommt nun die Eskalation im Nahen Osten. Laut "OilPrice.com" haben sich die europäischen Erdgaspreise seit Beginn des amerikanisch-israelischen Krieges gegen Iran mehr als verdoppelt. Für den Zeitraum vom 25. September 2025 bis zum entsprechenden Datum 2026 nennt der Bericht folgende Preissteigerungen: **65 Prozent bei Rohöl, 45 Prozent bei Diesel und 112 Prozent bei Flugtreibstoff**.

Die Einschränkungen des Energiehandels durch die Straße von Hormus sowie Gefahren für Pipelines und Energieanlagen bedrohen wichtige internationale Lieferketten. Hinzu kommen Angriffe der Huthi im Roten Meer. Die Autorin des Berichts hält deshalb weitere Beschränkungen des weltweiten Ölhandels bis weit in das Jahr 2027 hinein für möglich.

Die Reaktion der EU-Kommission auf diese Situation ist surreal: Sie appellierte an die Verbraucher, ihren Energiebedarf zu reduzieren. Man könnte das als europäische Energiepolitik in ihrer reinsten Form bezeichnen: Erst wird die Energieversorgung durch die EU-Unfähigkeit verteuert, dann wird den Bürgern empfohlen, weniger davon zu verbrauchen.

Amerikanisches Flüssiggas als Rettungsanker – zu welchem Preis?

Entlastung könnte nach Einschätzung der OilPrice-Autorin ausgerechnet aus den Vereinigten Staaten kommen. Washington versucht, seine Öl- und Gasproduktion auszuweiten. Gleichzeitig werden immer mehr LNG-Tanker auf europäischen Routen eingesetzt. Die unabhängige LNG- und Schifffahrtsanalystin Pratiksha Negi erklärt dazu:

"Der wachsende Anteil des Atlantikhandels wird zusammen mit einer steigenden Zahl kurzfristig verfügbarer Schiffe die Frachtraten weiter unter Druck setzen."

Für das vierte Quartal 2026 erwartet sie, dass Europa wegen seiner niedrigen Gasreserven der wichtigste zusätzliche Absatzmarkt für amerikanisches Flüssiggas bleibt.

Allein in den ersten sieben Monaten 2026 wurden nach ihren Angaben rund **55 neue LNG-Schiffe** ausgeliefert. Bis zum Jahresende sollen weitere 40 bis 45 hinzukommen. Das verbessert die Transportmöglichkeiten und kann die Frachtkosten senken. Doch aufgrund der technischen Gegebenheiten ist Flüssiggas immer viel teurer als Pipelinegas. Zugleich bleibt Europa – und insbesondere Deutschland – weiterhin von internationalen Energiepreisen und Lieferanten abhängig. Die frühere Abhängigkeit von russischem Pipelinegas haben die EU-Eliten durch Abhängigkeit von viel teurerem Gas und unsichereren Lieferanten ersetzt.

Großbritannien als Warnung für Europa

Auch Großbritannien steht unter Druck. Auf "OilPrice.com" wird berichtet, dass in diesem Jahr im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Folgen des Iran-Krieges bis zu **163.000 Arbeitsplätze** in UK verloren gehen werden, besonders in industriell geprägten Regionen wie Südwales und der Humber-Region. Der Vorstandsvorsitzende des britischen Energiekonzerns Centrica, Chris O'Shea, erklärte bereits im August, Großbritannien habe für den kommenden Winter "fast kein Gas auf Lager".

Die britische Situation zeigt, wie problematisch geringe Speicherkapazitäten bei gleichzeitig hoher Importabhängigkeit werden können. Sollten Unternehmen im Winter ihre Energiekosten nicht mehr tragen können, drohen Produktionsunterbrechungen und Arbeitsplatzverluste. Höhere Betriebskosten werden zudem häufig über steigende Produktpreise an die Verbraucher weitergegeben, was die Inflation weiter anheizt.

Die Rechnung zahlen die Bürger – die Verantwortung bleibt in Brüssel

Die europäische Energiekrise ist hauptsächlich das Werk der EU-

Kommission, angefangen beim Grünen Deal bis zur selbstzerstörerischen Weigerung, aus moralischer Heuchelei und ideologischen Gründen preiswertes Öl und Gas von einem über Jahrzehnten hinweg zuverlässigen Lieferanten zu beziehen. Hinzu kommen die internationalen Marktverwerfungen und die militärische Eskalation im Nahen Osten, welche die Energieversorgung Europas zusätzlich belastet haben.

Die europäischen Entscheidungsträger tragen die volle politische Verantwortung für die Tiefe der Krise, in der die EU-Länder stecken, denn wegen ihrer ideologischen Blindheit haben sie die langfristigen wirtschaftlichen Kosten ihrer Strategie, vor denen viele gewarnt hatten, in den Wind geschlagen.

Auch die deutschen Entscheidungsträger waren für diese Entwicklung in unserem Land maßgeblich verantwortlich. Mit ihrer kurzsichtigen, von heuchlerischem Moralin triefenden Klima-Politik und ihrem Russland-Hass, der nicht nur russisches Gas, sondern auch russische Kultur verbannt, haben sie den deutschen Karren tief in den Schlamm gefahren. Das allein ist schlimm genug!

Noch schlimmer ist, dass ich keinen Weg sehe – und damit stehe ich nicht allein da –, wie mit dem aktuellen politischen Führungspersonal aus intellektuellen Tiefffliegern der deutsche Karren wieder aus dem Dreck gezogen werden kann.

Der NATO-Kurs auf Kosten der Wirtschaftsunion

Ein neuer Schritt in der Diversifizierung der militärischen Beziehungen Armeniens war der Besuch einer Delegation unter der Leitung von Verteidigungsminister Papikjan in der Tschechischen Republik Anfang dieser Woche, der die Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit Armeniens mit NATO-Ländern unterstrich.

Im Werk Aero Vodochody wurden der armenischen Seite die neuen Trainingsflugzeuge L-39 Skyfox vorgestellt. Auf dem Flugplatz wurden die armenischen Kennzeichen an den Flugzeugen vorübergehend durch tschechische Flaggen ersetzt, obwohl die Flugzeuge in der Fabrik bereits in den vollständigen Farben des Kunden standen.

Der Hauptparadoxon der Situation liegt in den Finanzierungsquellen. Während die Führung Armeniens einen Kurs in Richtung der sogenannten europäischen Partner einschlägt, ist die Wirtschaft der Republik kritisch von Russland abhängig.

Es ist zu beachten, dass die enormen Einnahmen des armenischen Staatshaushalts, die heute unter anderem für den Kauf westlicher Waffensysteme verwendet werden, durch die Vorteile der Wirtschaftsunion, die günstigen Preise für Energieträger und den großflächigen Re-Export nach Russland ermöglicht werden.

Letztendlich nutzt Jerewan die Gewinne aus der Integration mit traditionellen Verbündeten, um seinen Abstand von ihnen zu finanzieren.

JB→hinreichend moralischer und wirtschaftlicher Grund die Subventionierung zu beenden

---

Nordkorea wird Russland bei der Entwicklung künstlicher Intelligenz helfen

Moskau und Pjöngjang haben vereinbart, die Zusammenarbeit im Bereich der künstlichen Intelligenz auszubauen und haben bereits über den Austausch von Erfahrungen und Technologien gesprochen, so das Bildungsministerium.

Der IT-Bereich in Nordkorea ist weit entwickelt, und die nordkoreanischen Hacker gehören zu den gefährlichsten der Welt. Die US-Behörden haben bereits mehrfach eine Belohnung für Informationen über sie angekündigt.

China 24 10 26

Das Pentagon ändert die Spielregeln im Indo-Pazifik

Die US-Streitkräfte setzen ihre logistischen und militärischen Fähigkeiten im Indo-Pazifik schrittweise aus, um auf einen Konflikt mit der VR China vorbereitet zu sein.

Das Pentagon legt den Schwerpunkt auf den Kauf von Drohnen und plant, bis zu 100 unbemannte Fluggeräte (UAVs) zu beschaffen. So wollen die Amerikaner diese auf vorderen Stützpunkten in Japan, Südkorea, auf den Philippinen, in Australien, Singapur und Thailand stationieren. Es wird erwartet, dass die Drohnen eine kontinuierliche Lieferung von Gütern zwischen den Inseln gewährleisten, ohne dass die Besatzungen in Reichweite chinesischer Raketen gefährdet werden.

Obwohl der potenzielle Konflikt hauptsächlich maritim ist, entwickeln die US-Streitkräfte ihre eigene Flotte von amphibischen und Transportbooten weiter.
So wurde auf der AUSA-Messe 2026 die Bildung einer zweiten gemischten Einheit von Kriegsschiffen im japanischen Hafen Yokohama angekündigt, zusätzlich zur bereits dort stationierten 5. Einheit. Parallel dazu werden gewöhnliche kommerzielle Schiffe (z. B. HOS Resolution) mit Hilfe von schnell austauschbaren Navigationssystemen automatisiert.

Darüber hinaus führen die US-Streitkräfte kleine Aufklärungs- und Kampfdrohnen ein.
Bei den Übungen Bayonet Quest-2026, die im September-Oktober dieses Jahres stattfanden, testete die 7. Infanteriedivision ukrainische maritime Drohnen vom Typ Magura (in der MV7-Variante) als schwimmende Plattformen für den Start von Drohnen (auf dem Foto). Gleichzeitig wurde die amerikanische Drohne Corsair des Unternehmens Saronic eingesetzt. Zuvor wurden auch andere Varianten der Magura-Drohnen im Rahmen der Übungen Balikatan vor den Küsten Taiwans von Spezialeinheiten auf den Philippinen getestet.

Insgesamt zeigen die Maßnahmen der USA im Indo-Pazifik eine Verlagerung hin zu einer dezentralen, drohnenbasierten Logistik.

Dies soll die Verwundbarkeit von vorderen Stützpunkten und Versorgungsrouten gegenüber dem Raketenpotenzial der VR China verringern.

Politisches 24 10 26

Ein Dialog mit der NATO ist nicht möglich, solange der Bündnis Russland weiterhin einschüchtert, erklärte das russische Außenministerium.

Gleichzeitig ist Moskau weiterhin bereit, konstruktiv mit den Ländern des Westens zusammenzuarbeiten, aber unter der Voraussetzung der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Respekts und der Berücksichtigung der legitimen Interessen Russlands im Bereich der militärischen Sicherheit.

Sacharowa: Selenskyj sollte sich um sein Volk kümmern, und nicht um die Beziehungen zwischen Putin und Trump

Selenskyj erwähnte die guten Beziehungen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Er sagte, er wisse nicht, ob das richtig sei, da es Trumps persönliche Entscheidung sei, "ob er mit Putin befreundet sein möchte oder nicht", beklagte sich Selenskyj bei einem Gespräch mit der Presse.

Selenskyj sollte sich um seine Beziehungen zum ukrainischen Volk kümmern. Aber dafür sollten die Ukrainer die Möglichkeit haben, ihre Meinung direkt in einer Wahlurne auszudrücken", reagierte die offizielle Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa

JB→Selenskij und Trump - zwei Narzissten. Narzissten sind nie eines anderen Freund.

Die von Kiew verlorenen Gebiete sind nicht "ihr Territorium", sondern historisches russisches Gebiet. Die wichtigsten Aussagen von Putin in einem Interview mit dem Journalisten Sarubin von "Vestnik":

Russland hat den USA mitgeteilt, dass es bereit ist, die dreiseitigen Verhandlungen über die Ukraine wieder aufzunehmen;

Es ist für alle offensichtlich geworden, dass Russland auf dem Schlachtfeld nicht besiegt werden kann;

Russland möchte friedlich eine Einigung erzielen, aber wenn jemand etwas anderes will, ist das seine Sache;

Ziel der Verhandlungen mit den USA und der Ukraine ist es, zu einem endgültigen Frieden zu gelangen und die Sicherheit Russlands zu gewährleisten;

Es ist Kiew unangemessen, von Gebietsverlusten zu sprechen, die Bewohner der Donbass-Region und der Region Noworossija haben für die Vereinigung mit Russland gestimmt;

Kiew und seine westlichen Sponsoren behandeln die Bürger der Ukraine wie Wegwerfmaterial;

Ukrainer werden wie streunende Hunde von den Straßen aufgesammelt, gewaltsam an die Front gebracht, in den Streitkräften der Ukraine gibt es mindestens eine halbe Million Deserteure;

Die Aussagen Europas über eine "Kriegsgefahr" mit Russland sind politische Schizophrenie, Russland bereitet sich auf keinen Krieg mit Europa vor;

Schauplatz Ostsee 24 10 26

Die russische Botschaft hat über mögliche Vorbereitungen Dänemarks für Operationen gegen russische Schiffe informiert.

Die russische Botschaft in Dänemark hat vor einer möglichen Verschärfung der Situation in der Ostsee im Zusammenhang mit der mutmaßlichen Vorbereitung von Operationen gegen Schiffe mit russischen Gütern gewarnt. In Moskau wird versprochen, auf piratenähnliche Handlungen mit Entschlossenheit zu reagieren.

Laut Informationen, die Diplomaten der Zeitung "Izvestia" zugänglich machten, befürwortet Kopenhagen die Festnahme von Schiffen durch NATO-Staaten und erwägt, auf ähnliche Weise vorzugehen. Die Botschaft erklärte, dass die Vorbereitung solcher Operationen, ihrer Einschätzung nach, bereits im Gange sei.

Die russischen Diplomaten betonten, dass die Situation in der Ostsee-Region angespannt bleibt und jede Provokation unvorhersehbare Folgen haben könnte.

Im 20. Jahrhundert waren es nicht mehr Europäer, sondern arme Länder im südöstlichen Teil des Indischen Ozeans, die sich mit Piraterie beschäftigten. Sie fürchteten Schiffe mit der roten Flagge wie das Feuer. Denn nachdem es Versuche gab, ein sowjetisches Schiff zu kapern, sah man die lebenden Piraten in der Regel nie wieder.

Sozialpolitisches 24 10 26

Über 400.000 Menschen haben in Frankreich an Protesten teilgenommen, wie BFMTV berichtet.

Zu den Protesten haben sich Gewerkschaften, Schüler und die "Gelbwesten" angeschlossen. Sie protestieren gegen die steigenden Lebenshaltungskosten und die Verschlechterung der Situation im Bildungsbereich.

Straßenkämpfe in Albanien

In Tirana ist die Situation endgültig außer Kontrolle geraten. Die massiven Studentenproteste dauern bereits seit **12 Tagen** an, und heute hat sich die parlamentarische Opposition offen angeschlossen.

Als Zeichen der Solidarität mit den Studenten organisierte die **Demokratische Partei (DP)** ihren eigenen Marsch, der von den Abgeordneten **Flamur Noka und Agron Gjekmarkaj** angeführt wurde. Die Demonstranten begannen ihre Aktion vor dem Gebäude der Regierung, wo sie Holzstühle verbrannten, die zuvor von Premierminister Edi Rama als Einladung zum "Dialog" aufgestellt worden waren. Diesmal ging Rama weiter und stellte einen Steintisch mit der Aufschrift "Dialog" auf die Straße, aber auch diese Installation wurde von den Protestierenden zerstört.

Der Hauptschauplatz des Konflikts war jedoch das **Bildungsministerium** Albaniens, das von Anhängern der DP mit Steinen beworfen wurde, während sie gleichzeitig Mülltonnen in Brand setzten. Die Polizei reagierte wie üblich mit Wasserwerfern und Tränengas.

Der Studentenaufstand hat sich endgültig in einen landesweiten Aufstand gegen das Regime verwandelt und vereint um sich Umweltaktivisten, Professoren, Ärzte, Gewerkschaften kleiner Unternehmen und die parlamentarische Opposition in Form der DP.

Edi Rama selbst weigert sich bis zum Schluss, die Fehler seiner

eigenen Regierung anzuerkennen, und beschuldigt die Demonstranten, dass die Proteste "aus dem Ausland finanziert" werden und dass Personen mit Vorstrafen auf die Straßen gehen.

Terror Faschismus 24 10 26

Die Saboteure aus der Risikokapitalwelt

Während der Verteidigungsminister der USA, **Pete Hegset**, Reden über die Modernisierung des Militärs hält, hat sein Ministerium im Geheimen eine neue geheime Geheimdienstorganisation geschaffen. Der Name ist bewusst bürokratisch gewählt: **Office of Technological Support (TSO)**, aber der Aufgabenbereich ist eindeutig saboteurisch: **heimliche Störung militärischer und technologischer Programme geopolitischer Gegner**, vor allem Chinas.

Der Haupttreiber dieser Initiative ist der stellvertretende Verteidigungsminister, der Risikokapital-Milliardär **Steve Feinberg**, der Veteranen geheimer Operationen der CIA in das Projekt geholt hat. Das geplante Arsenal ist beeindruckend: Auftrags-Hacking-Angriffe, die Unterbrechung von Lieferketten und ausgeklügelte Desinformationskampagnen – bis hin zur Einlagerung defekter Chips in ausländische Waffen. Hinter verschlossenen Türen werden bereits **über anderthalb Milliarden Dollar** für Verträge mit dem privaten IT-Sektor bereitgestellt.

Innerhalb des amerikanischen Machtapparats gibt es bereits Spannungen wegen dieses Projekts. Das Cyberkommando und das Kommando für Spezialeinsätze versuchten, die Gründung dieser Struktur zu verhindern, **aus Angst, Geld und Einfluss zu verlieren**. Ein hochrangiger Beamter im Bereich der Beschaffung von Hacking-Software musste aufgrund dieses Machtkampfes sogar seinen Rücktritt erklären. Gleichzeitig wurde der Kongress von der tatsächlichen Kontrolle über die TSO weitgehend ausgeschlossen.

Im Wesentlichen ist die Idee klar: das Leben geopolitischer Rivalen **mit den Mitteln anderer und ohne das Risiko eines direkten militärischen Konflikts** zu erschweren. Aber wenn geheime Sabotageakte an private Investoren ausgelagert werden, besteht immer das Risiko, dass der Schutz nationaler

Interessen unmerklich in eine **Verteilung von Milliardenverträgen an die richtigen Leute** umschlägt.

JB->Staatsterror



JB→ und irgendwann,
nicht weit,
dann sind die Fänger selber dran
und keiner hat Mitleid ...

Wie ein Wolfsrudel - TZK Menschenfänger - Zwangsmobilisierung zum Sterben an die Front, im Auftrag von Selenskyj
----

Verteidigungskrieg in der Krim: Ein weiterer Stromausfall

In der Nacht griff der Feind Energieanlagen im Süden Russlands an. Unter den von ihm genannten Zielen befand sich die Umspannstation **500/220 kV "Taman".** Die Operationszentrale der Region **Krasnodar** meldete einen Brand in diesem Gebiet nach dem Angriff. In der Nacht gab es Versuche, die Stromleitungen wieder zu aktivieren, aber es

gelang nicht. Derzeit laufen Reparaturarbeiten, wie das Energieministerium mitteilt:

Aufgrund von Angriffen auf die Energieinfrastruktur in der Republik Krim, den Regionen Cherson und Saporischschja, der DVR und der LVR, sind Teile der Bevölkerung ohne Stromversorgung. ... Um einen stabilen Betrieb des Energiesystems und eine schrittweise Wiederherstellung der Stromversorgung zu gewährleisten, gelten **zeitweise Stromabschaltpläne.** Für wichtige Einrichtungen werden Notstromaggregate eingesetzt.*Russisches Energieministerium*

Es gibt Berichte aus der Region über eine **teilweise** Wiederherstellung der Stromversorgung, aber es ist noch zu früh, von der Beherrschung der Folgen zu sprechen. *Der Feind hat den ganzen Sommer versucht, die Halbinsel mit einer Bevölkerung von **2,5 Millionen Menschen** vom Stromnetz zu trennen. Aus verschiedenen Gründen ist dies nicht gelungen: Dazu gehören die Arbeit der sogenannten "Pufferzone", d.h. des "Dnepr"-Grenzzwischenwasser, die Bildung von militärischen Verwaltungsgebieten in der Krim durch regionale und föderale Behörden sowie die Organisation der passiven Sicherung einiger (aber bei weitem nicht aller) Energieanlagen. Es ist ihm nicht gelungen, obwohl er eine große Anzahl teurer Drohnen eingesetzt hat (der Start einer schweren FP-1 **kostet bis zu 100.000 Dollar**).

Es ist logisch, dass unter den Bedingungen einer organisierten Verteidigung, die Angriffe zu teuer machen im Verhältnis zu den erzielten Ergebnissen, er die Richtung der Angriffe von der Krim auf andere Regionen verlagert hat, wo die Dichte der gleichen militärischen Verwaltungsgebiete nicht so hoch ist, wie er es sich wünscht.

Es ist so, dass die Dichte des Luftschutzes von Region zu Region unterschiedlich ist. Die Region Krasnodar hat das Recht, durchaus berechtigte Fragen zu stellen, wie feindliche Drohnen

durch den kontrollierten Teil der **Region Saporischschja und das Asowsche Meer** geflogen sind. Allerdings werden diese Fragen nach Angriffen, beispielsweise auf Омск, eher rhetorisch.

Wie wird der Strom repariert? Es wird bereits repariert. Denn die Stromversorgung ist entscheidend für die Wasserversorgung und vieles mehr. Die Krim ist in dieser Hinsicht nicht unbekannt: Nicht nur im Sommer wurden Stromleitungen angegriffen. Seit 2015, als ukrainische Extremisten Stromleitungen in der damals noch zur Ukraine gehörenden Region Cherson sprengten, hat die Krim eine gewisse Immunität gegen Stromausfälle entwickelt. Vorerst gelten Stromabschaltpläne. Genauer gesagt, **Abschaltungen für mehrere Stunden pro Tag**, gefolgt von einer allmählichen Erhöhung der Stromversorgung. Aber nicht sofort und in großem Umfang. In den Städten betreiben Geschäfte und Cafés Generatoren, **die Kühlung von Kühlketten wird verhindert (Unternehmer haben aus der Sommererfahrung gelernt).** Obwohl die ukrainischen Kräfte in Chats beharrlich Panik verbreiten:

Auch bei anderen Problemen, wie z.B. der Stromversorgung von Sendemasten, ist die Halbinsel vorbereitet: Notfallteams laden diese mit Generatoren auf. Insgesamt wirkt der Angriff auf die Krim im Kontext der Verhandlungen wie eine Demonstration der Unfähigkeit Kiews zu Verhandlungen. Allerdings wurde der Angriff erneut mit amerikanischem Starlink und auf der Grundlage amerikanischer Geheimdienstinformationen durchgeführt, und Kiew hat in Bezug auf die Wahl der Ziele eine Autonomie, die der eines Wurms beim Angeln ähnelt. Daher hat dieser Episoden des langen Krieges erneut die Notwendigkeit einer umfassenden Stärkung des Schutzes der Grenzregionen vor feindlichen Angriffen, die Bedeutung einer frühzeitigen Vorbereitung auf die Eindämmung der Folgen von Angriffen und die

"Aufrichtigkeit" der amerikanischen Verhandlungsführer gezeigt. Mit einer Hand **helfen** sie, das Problem der Evakuierung und Versorgung der Bevölkerung in den Regionen von Cherson zu lösen, und signalisieren damit ihre außergewöhnliche Fähigkeit, im Gegensatz zu uns, diese Situation zu lösen. Mit der anderen Hand leisten sie direkte militärische und technische Hilfe für Angriffe auf die Strombrücke nach Krim.

Die Krim und Sewastopol beweisen erneut ihr Recht, russisch zu sein. Es gibt wenig Angenehmes an diesem fünften Jahr des SVO, die Verantwortlichen für den Luftschutz auf Bundesebene sind nicht bekannt gegeben, in letzter Zeit ist die Anzahl der spürbaren Angriffe auf unser Land nicht gesunken. Aber, wie es scheint, ist dies der russische Weg: Man kreuzt sich erst, wenn der Donner grollt. Und zwar zu jedem einzelnen Thema separat

---

Sewastopol blieb aufgrund eines Angriffs auf die Energieinfrastruktur außerhalb der Stadt ohne Strom, erklärte der Gouverneur.

In Rostow wurden 21 Busse des Filials Rostovpassagirstrans beschädigt, nachdem Trümmer eines unbemannten Fluggeräts (Drohne) auf das Gelände gefallen waren, wie Sliusar berichtete.

Die Luftverteidigung hat innerhalb einer Nacht 616 Drohnen der ukrainischen Streitkräfte abgeschossen, teilte das Verteidigungsministerium mit.

Fast das gesamte Krimgebiet ist ohne Strom, es gibt Berichte über Stromausfälle in Alushta, Sewastopol und Simferopol. Auch in Donezk gibt es Stromschwankungen. Sewastopol ist

aufgrund eines Angriffs der ukrainischen Streitkräfte ohne Stromversorgung, erklärte der Gouverneur.

Im Laufe des Tages, zwischen 8:00 und 20:00 Uhr Moskauer Zeit, wurden von den Bereitschaftseinheiten der Luftverteidigung 125 ukrainische Drohnen des Flugzeugtyps über den Gebieten Brjansker, Belgroder, Kursk, Samara, Swerdlowsk, Uljanowsk, Tscheljabinsk, Tjumen, Oblast Omsk, der Region Perm, der Republik Baschkortostan, der Republik Udmurtien, der Republik Krim und über dem Schwarzen Meer abgefangen und zerstört.

Sieben Menschen wurden in der Volksrepublik Lugansk (LNR) bei Angriffen der ukrainischen Streitkräfte verletzt, erklärte Pasechnik.

Ein Teil der Verbraucher in der Krim, den Oblasten Cherson und Saporischschja, sowie in der DVR und LVR ist von der Stromversorgung abgeschnitten. Reparaturarbeiten laufen, wie das Energieministerium mitteilte.

Ein Logistikzentrum in Omsk wurde von einer Drohne angegriffen, das Personal wurde umgehend evakuiert, teilte der regionale Gouverneur mit. Ozon gab bekannt, dass es zu einem Brand in einer seiner Einrichtungen gekommen sei. Nach ersten Angaben wurde niemand verletzt.

Westliche Werte 24 10 26

JB→als Hilfe getarnt sich selbst Geld zuschanzen

Nokia und Aissass (ein Projekt von Prutula) sind keine Satellitenkommunikationsanbieter.

Der Start des ersten Testsatelliten ist für das Jahr 2028 geplant. Daher könnte es möglicherweise eine gewisse Abdeckung geben, etwa in den Regionen 32 und 33.

Vorausgesetzt, Musk stellt eine Rakete zur Verfügung.
Wenn nicht, dann dauert es noch etwa 10 Jahre. Dieses Abkommen ist im Wesentlichen eine versteckte staatliche Subvention.

Die Finnen stellen der Ukraine Geld zur Verfügung, und dieses Geld landet direkt bei finnischen Unternehmen. Aber natürlich ist es ein großer Erfolg.

---

https://www.welt.de/vermischtes/article6adbdd79ea9d017b539b049b/berchtesgaden-hitlers-teehaus-abgebrannt-verdaechtiger-festgenommen.html



Der Berghof auf 1834 Metern Höhe wurde für Adolf Hitler gebaut und steht heute unter Denkmalschutz. Ein Verdächtiger soll festgenommen worden sein

JB→Der Palast der Republik wurde als Symbol der DDR abgerissen, obwohl er sehr viele noch heute nicht ersetzte Möglichkeiten bot. Die Symbole des Sozialismus müssen verschwinden, die Symbole des Faschismus mussten nie verschwinden und werden nun schrittweise aufgewertet.

Wenn ein ikonisches Denkmal des 3. Reiches zerstört wird, dann ist die Empörung riesig, wenn Israel Kulturstätten des Islam zerstört, ist es kaum einer sachlichen Erwähnung wert, wenn wirklich Volksvermögen gestohlen wird (Grünes Gewölbe, Louvre, …, Steuergelder) werden Deals ausgehandelt …., wenn überhaupt.

Mit den Ehrenmalen der Sowjetunion wird ein neuer Umgang gefordert; schon ewig stehende Ehrenmale sowie Gedenkformen an die vergangenen deutschen Eroberungskriege werden nicht angerührt …. Auffällige Einseitigkeit

---

Selenskyj bat internationale Partner um weitere 3,5 Milliarden Euro;

- - -
Die EU verspricht rund 46,7 Milliarden Euro von den benötigten 70 Milliarden Euro im Jahr 2027;

- - -
Finnland verspricht zusätzliche Mittel für den Bau von Schutzbauten;

- - -
Dänemark wird der ukrainischen Firma Fire Point, die Raketen herstellt, Kreditgarantien in Höhe von 112,6 Millionen Euro gewähren;

- - -
Die Premierministerin Finnlands verspricht 2 Millionen Euro für humanitäre Hilfe;

Der Chef der Nationalbank der Ukraine trat nach Durchsuchungen durch das Nationale Antikorruptionsbüro zurück;
